



Herrn Dr. Philipp Nimmermann
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

Berlin, 29.04.2024

Keine staatliche Förderung für synthetisches Methan!

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

mit großer Sorge nehmen wir die laufende Debatte um eine mögliche staatliche Förderung von synthetischem Methan (sNG), beispielsweise im Rahmen der Klimaschutzverträge¹, zur Kenntnis. Eine staatliche Förderung von sNG lehnen wir ab.

Die wichtigsten Gründe dafür sind folgende:

- Synthetisches Methan (sNG) ist energetisch und ökonomisch vollkommen ineffizient und ohne Mehrfachsubventionen nicht konkurrenzfähig. Wasserstoff per Pipeline ist die kostengünstigste Variante und beim Import per Schiff sind Wasserstoffderivate wie Ammoniak zu bevorzugen².
- Die Technik für sNG ist nicht kommerziell verfügbar. Die Tatsache, dass Konzerne hier massiv Gebrauch von Steuergeld machen wollen, bestätigt, dass weder sie noch andere Investor*innen und Banken dieses Geschäftsmodell als zukunftsfähig sehen, sondern als massives Investitionsrisiko in eine nicht ausgereifte Technik. Eine solche Fehlallokation von Fördermitteln gefährdet in der Konsequenz den Wasserstoffhochlauf in Deutschland.

¹ Vgl. Handelsblatt vom 21.03.2024

² Analyse der Technischen Universität Hamburg, 2023

- Ein Beschluss zur Förderung von sNG würde der parlamentarischen Debatte und Beschlussfassung vorweggreifen. Der Export von CO₂ ist in Deutschland nicht erlaubt. Die Vorhaben von Unternehmen wie beispielsweise Tree Energie Solutions (TES) sowie dahingehende Umrüstungspläne landseitiger LNG-Terminals sind in keiner Weise in regulatorischen Rahmenbedingungen eingebettet. Hier werden tatsächlich fossile LNG-Terminals für den Import von Frackinggas geplant und öffentlich als Terminals für “grüne Moleküle” verkauft.
- Eine übergangsweise angestrebte Nutzung der bestehenden Erdgasnetze zur Verteilung von sNG würde ein erhebliches Risiko für das Gelingen der Transformation sowohl in Bezug auf den Ausbau der Wasserstoffnetze als auch abnehmerseitig in Bezug auf die Umstellung auf Wasserstoff an Industrieanlagen darstellen. Dadurch, dass sNG dieselben chemischen Eigenschaften wie fossiles Erdgas besitzt, wird bei der Verbrennung ebenso CO₂ frei. Dies führt zur Verschlimmerung der Klimakrise und verschleppt gleichzeitig den Umstieg auf erneuerbare Energie, da für sNG fossile Infrastrukturen genutzt werden.
- Die Nutzung von sNG würde die CO₂-Bilanz der umgestellten Prozesse erheblich verschlechtern. Noch dazu ist sNG kosten- und energieintensiver als zukünftige CO₂-freie, alternative Wasserstoffimporte. Bei der Rückumwandlung von sNG zu Wasserstoff im Hafen oder der Verwendung an den jeweiligen Industrieanlagen entsteht CO₂. Dieses CO₂ könnte nur fossil sein, da Kohlenstoff aus nachhaltiger Biomasse sehr begrenzt verfügbar ist und daher nur dort verwendet und gefördert werden sollte, wo es unbedingt notwendig ist, wie beispielsweise im Flugverkehr. Das fossile CO₂ müsste dementsprechend abgeschieden und transportiert werden, dabei entweicht CO₂. Vollständig geschlossene Kohlenstoff-Kreisläufe sind nicht möglich. Methan selbst ist ein sehr schädliches Treibhausgas. Beim Transport von Methan tritt das Risiko von Leckagen auf, welches klimaschädliche Effekte mit sich zieht.
- Um sNG zu nutzen, wird eine CCUS-Infrastruktur benötigt. Der Aufbau diese Infrastruktur dauert lange und ist mit Sicherheitsrisiken sowie erheblichen Kosten verbunden. Nicht zuletzt aus Gründen der gesellschaftlichen Akzeptanz, sollte daher die Förderung vermeidbarer CCUS-Anwendungsfälle wie im Fall von sNG unbedingt vermieden werden. CCUS ist die teuerste und ineffizienteste Variante, CO₂ zu reduzieren und sollte nur für nicht vermeidbare Emissionen angewendet werden. Durch sNG entstehen jedoch neue, leicht vermeidbare Emissionen.

Staatliche Fördergelder werden dringend für die Umsetzung echter Klimaschutzmaßnahmen benötigt. Dafür braucht es eine breite gesellschaftliche Unterstützung. Eine Förderung und damit die Deklaration von sNG als Klimaschutz stellt die ökologische Glaubwürdigkeit der Klimaschutzverträge in Frage und ist ein fatales Signal für den Industriesektor, der sich auf den Weg der Dekarbonisierung begeben muss und dazu staatliche Unterstützung benötigt.

Statt mit Scheinlösungen und falschen Weichenstellungen die notwendige Transformation zu gefährden, müssen Kreislaufwirtschaftskonzepte wie Vermeidung und Recycling von Produkten, für die Industrie entwickelt und konsequent umgesetzt werden. Es wäre falsch, wenn Gelder für den dringend notwendigen Umbau zu einer CO₂-freien Industrie jetzt wieder in fossile Geschäftsmodelle umgeleitet würden. Wir fordern Sie daher **gemeinsam und eindringlich** auf, von einer Förderung für synthetisches Methan abzusehen.

Für einen vertiefenden Austausch stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
DNR



Patrick Rohde
Stv. Geschäftsführung Politik
und Kommunikation
BUND



Leif Miller
Bundesgeschäftsführer
NABU



Lutz Weischer
Politische Leitung Berlin
Germanwatch



Sascha Müller-Kraenner
Bundesgeschäftsführer
DUH



Heike Vesper
Vorständin Transformation Politik
und Wirtschaft
WWF

Dieser Brief geht gleichlautend auch an Herrn Staatssekretär Udo Philipp.